



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 34834 - 33

Fernschreiber 0206290

P/XII/292 - 21. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Fritz Erler: Atomwetrüsten beenden!	S. 1
Frankreich 1957	S. 3
Das "Unternehmen Himmelskörper"	S. 5
Zum Ladenschlussgesetz	S. 7
Der Justizminister und das Strafgesetzbuch	S. 8

Die groesse Aufgabe: Das Atomwetrüsten beenden!

Von Fritz Erler, MdB.

Auch das Jahr 1957 geht im Zeichen des Atomwetrüstens zu Ende. Zwar wird nahezu überall verkündet, dass man die politischen Probleme unserer Zeit nicht mehr mit militärischen Mitteln meistern könne. Von dieser Erkenntnis bis zu ihrer praktischen Verwirklichung scheint aber ein sehr weiter Weg zu sein; denn in Ost und West geht die Erprobung neuer Vernichtung bringender Waffen weiter, wird das Atomwetrüsten nunmehr auch auf das Wetrüsten mit Fernraketen ausgedehnt.

Beide Seiten betonen ihre Verhandlungsbereitschaft - und erhöhen inzwischen ihre militärische Schlagkraft. Zu welchen Zielen eigentlich? Der Vorrat an Vernichtungswaffen auf beider Seiten ist so gross, und die Mittel, mit ihnen den Gegner tödlich zu treffen, sind so entwickelt, dass man die gesamte Menschheit in wenigen Stunden völlig auslöschen kann. Sogar nach dem Ende der Menschheit bliebe noch ein ungenutzter Vorrat an solchen Waffen übrig ...

Wenn überhaupt ein Ausweg aus dem Atomwetrüsten, das nur zur Katastrophe führen kann, gefunden werden soll, dann darf man es jetzt nicht verschärfen. Jede Hoffnung auf ein vernünftiges Abkommen unter den jetzigen Atomwächtern wird zunichte, wenn das Atomwetrüsten auch auf diejenigen Staaten ausgedehnt wird, die heute noch nicht an ihm teilnehmen. Diese Erkenntnis und wohl auch die von der Gefährlichkeit ihrer Lage in der Nähe der Sowjetunion hat Dänemark und Norwegen veranlasst, die Ausstattung ihrer Armee mit Atomwaffen und Mittel-

streckenraketen und die Anlage entsprechender Basen auf ihrem Boden zu verweigern. Es ist bedauerlich, dass sich die Bundesregierung nicht zu einer gleichen klaren Haltung für die Bundesrepublik Deutschland entschliessen konnte.

Sie hat es vorgezogen, einfach dem Grundsatzbeschluss der Atlantikorganisation über die Einführung von Mittelstreckenraketen und die Anlage entsprechender Basen zuzustimmen und die Anwendung dieses Beschlusses den künftigen Erörterungen der Militärs vorzubehalten. Man hat also in einer so lebenswichtigen Frage lediglich Zeit gewonnen, anscheinend um die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik allmählich an die zu erwartende Einbeziehung der Bundesrepublik in diese Art der Bewaffnung zu gewöhnen.

Wertlose Erkundungsvorstösse

Dabei ist es offensichtlich, dass die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Abschussrampe für Raketen mit einer Reichweite bis in das Herz der Sowjetunion hinein im Konfliktfall die Bundesrepublik nicht schützt, sondern furchtbaren neuen Gefahren aussetzt. Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass diese Politik das Wettrüsten der beiden Machtblöcke auf deutschem Boden verstärkt und infolgedessen die sowjetischen Truppen ganz gewiss in Deutschland und auch in den von ihnen besetzten ausser-russischen osteuropäischen Staaten festhält.

Die Bundesregierung hat sich noch nicht dazu entschliessen können, an jener weltweiten Diskussion teilzunehmen, die jetzt um die Möglichkeit einer elastischeren und beweglicheren westlichen Politik geführt wird. "Erkundungsvorstösse", mit denen der Bundeskanzler die Absichten des Bulgarin-Briefes angeblich zu ergründen hofft, sind wertlos, wenn sie nur ein Alibi zur Fortsetzung des Atomwetterüstens sind. Ernsthafte Gespräche mit der Sowjetunion haben nur Sinn, wenn man bereit ist, die Kernfrage auf europäischem Boden, die Frage des militärischen Status des wiedervereinigten Deutschlands zu erörtern. Solange diese Bereitschaft nicht besteht und man lediglich an die Sowjetunion Appelle richtet, an die Abrüstung und die Wiedervereinigung einzuwilligen, kann aus den Verhandlungen kaum etwas herauskommen.

Um die moralische Position des Westens

So endet das Jahr 1957 in der Deutschlandfrage nicht mit viel Hoffnung. In der Frage der Abrüstung können die Dinge vielleicht doch noch zum Besseren gewendet werden, weil einige europäische Staa-

ten, nämlich die skandinavischen, sehr sichtbar eine neue Politik gefordert und sich in der Frage der Atombewaffnung auch in der Praxis zu dieser neuen Politik bekannt haben. Dieses Beispiel wird Schule machen, genau so wie es auch nicht von ungefähr ist, dass man entgegen den bisherigen Gepflogenheiten auf der Atlantikkonferenz in Paris den Vorrang des politischen Denkens vor den rein militärischen Entschlüssen betont und die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung und Beantwortung der Briefe Bulganins anerkannt hat. Nur muss eben auch die praktische Haltung der beteiligten Regierungen mit diesen Erkenntnissen in Übereinstimmung gebracht werden.

Da sollte man z.B. endlich einsehen, dass die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Knechtschaft viel mehr ist als ein rein militärisches Problem. Das Zeitalter der Kolonialherrschaft in der Welt geht zu Ende - und zwar zeigt sich die Brüchigkeit eines aufgezwungenen Kolonialregimes im Machtbereich der alten europäischen Kolonialstaaten genau so wie im Machtbereich der neuen Kolonialmacht, der Sowjetunion. Die moralische Position des Westens als Vorkämpfer der Freiheit und der Menschenwürde wird aber in ihrer Anziehungskraft auf die um ihre Freiheit ringenden Völker Osteuropas in Kern getroffen, wenn auf westlicher Seite mit den Mitteln militärischer Macht unhaltbar gewordene Kolonialpositionen verteidigt werden, wie es etwa Frankreich in Algerien tut. Hier sollte der Westen den Mut haben, von der Politik der Beherrschung zu einer Politik der Hilfe und der freundschaftlichen Entwicklung in Freiheit gesetzter Völker überzugehen, wie es England unter der Labour-Regierung mit dem grossartigen Beispiel Indiens erfolgreich vorexerziert hat. Solange das nicht geschieht, wird die Sowjetunion unverdientermassen an Sympathie bei den asiatisch-afrikanischen Völkern gewinnen, weil sie dort im Nymbus der Anti-Kolonialmacht auftritt, obwohl sie gleichzeitig im Herzen Europas ein robustes Kolonialregime aufrechterhält.

Die Türen offen halten

Und wenn der Westen hilft, dann sollte er es ohne Verbindung mit militärischen Apparaturen und Zielen tun. Das ungeeignetste Instrument zur Vermittlung von wirtschaftlicher Hilfe an die Entwicklungsländer in der Welt ist eine Militärallianz von der Art des Atlantikpaktes. Jene Völker wollen sich nicht einfach militärisch einreihen lassen. Eine in dieser Weise gegebene Hilfe würden sie nur als ein Mittel empfinden, militärisch an die Leine genommen zu werden. Deshalb sollte man ihre Wirtschaftskraft und damit ihre Unabhängigkeit von fremder Bevormundung und Einmischung stärken, ohne damit militärische oder politische Auflagen zu verbinden. Auch der Stolz eines unabhängig gewordenen Volkes ist ein Gut, das nicht verletzt werden darf, wenn wir uns ihm nicht entfremden wollen.

So bringt das kommende Jahr der Aufgaben und Gefahren viele. Es ist nötig, dass wir mit grösster Wachsamkeit die kommende Entwicklung verfolgen, damit nicht die blinde Fortsetzung der Politik des Wettrüstens der Katastrophe zutreibt oder zumindest die Aussichten für die Lösung der politischen Probleme, darunter auch unseres nationalen Problems der Wiedervereinigung Deutschlands, völlig zerschlägt. Die Türen offen halten - das ist das wichtigste, was es zu tun gilt.

+ + +

Jahr der Krisen und Enttäuschungen

-B-, Paris

1957 ist ein schwarzes Jahr in der Nachkriegsgeschichte Frankreichs. Zwei nahezu unlösbare Regierungskrisen erschütterten im Frühjahr und Herbst das Land und brachten das republikanische Regime in höchste Gefahr. Land und Volk waren auf die Lösung der schwierigen innen- und aussenpolitischen Probleme schlecht vorbereitet.

Wie im Jahr 1956 blieb auch im ablaufenden Jahr trotz der optimistischen Vorhersagen der Algerien-Konflikt - das politische und wirtschaftliche Zentralproblem Frankreichs - ungelöst. Das bewirkte nicht allein eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, sondern eine wesentliche Verschärfung der sozialen Situation, der politischen Spannungen und eine Verminderung der internationalen Stellung Frankreichs.

Im Mai des Jahres wurde die von dem Sozialisten Guy Mollet geleitete Regierung nach 16monatiger Aktivität von der konservativen Rechten im Zusammenwirken mit den Kommunisten gestürzt, als es sich darum handelte, die zur Fortführung der von der parlamentarischen Mehrheit geforderten Algerienpolitik erforderlichen finanziellen Opfer zu bringen. Die Marktkrise zeigte mit aller Deutlichkeit, dass trotz der äusseren Übereinstimmung zwischen der regierenden republikanischen Linken und der tolerierenden konservativen Rechten hinsichtlich der Algerien-Frage unüberbrückbare Gegensätze bestehen, die nur solange zu verdecken waren, wie sich finanzielle Nachforderungen umgehen liessen. Als durch die Steuerreform der Regierung allzu deutlich wurde, dass der Algerien-Krieg und das gescheiterte Suez-Unternehmen schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen hatten, versuchte die Rechte unter dem Vorwand, die Währung zu retten, eine sozial rückschrittliche Politik zu erzwingen. Damit wurde die erste Regierungskrise des Jahres unvermeidlich.

"Operation 20 %"

Eine Überwindung der zwischen der republikanischen Linken und der Rechten bestehenden Gegensätze wurde durch Lösung der Krise, die den damaligen Verteidigungsminister Bourges-Maunoury an die Macht brachte, nicht erreicht. Das von dem radikalsozialistischen Politiker gebildete Kabinett galt von Anfang an als schwach. Niemand sah in der neuen Regierung etwas anderes als eine Übergangsregierung, deren wichtigste Aufgabe die Sicherung der Währung und die Herbeiführung einer Kompromisslösung für das Rahmengesetz für Algerien war. Gegen den Willen einer wachsenden innerparteilichen Opposition beschlossen die Sozialisten die Beteiligung am Kabinett Bourges-Maunoury. Algerienminister Lacoste konnte im Amte bleiben, eine Garantie für die Rechte, dass an der Algerienpolitik nichts geändert würde. Das Finanzierungsproblem für diese Politik war damit nicht gelöst. Eine Teillösung des Problems wurde von der Regierung Bourges-Maunoury durch die "Operation 20 %", d.h. die versteckte Abwertung vom 10. August versucht.

Ein Teilerfolg blieb nicht aus, doch das eigentliche Ziel, die Sanierung des französischen Aussenhandels durch Ausgleich der Handelsbilanz, wurde nicht erreicht. Die Einstellung der Liberalisierung der Waren-Einfuhr aus dem Handelsbereich der Europäischen Wirtschafts-Organisation (OEEC) bewirkte eine Verminderung der Wareneinfuhr und damit eine Verminderung des Devisen-Abflusses. Es gelang auch, die Wareneinfuhr aus Frankreich infolge der durch die versteckte Abwertung verbilligten französischen Erzeugnisse zu erhöhen, aber gleichzeitig trat

eine Teuerungswelle ein, die zur Auslösung zahlreicher Sozialkonflikte und Streiks führte.

Fronde der Agrarier

Spekulationen bewirkten neue Verschlechterungen und als Ministerpräsident Bourges-Maunoury seine Absicht bekundete, das Rahmengesetz für Algerien - mit einigen Verschlechterungen gegenüber dem Projekt Mollat - zu verabschieden, fand er zwar bei den führenden Männern der Unabhängigen Zustimmung und Unterstützung, aber die Mehrheit ihrer Anhänger verweigerte die Gefolgschaft, so dass auch Bourges-Maunoury Ende Oktober gestürzt wurde. Während seiner kurzen Regierungszeit erfolgte die Ratifizierung der Verträge über die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft und das Euratom. Wäre Bourges-Maunoury nicht Opfer des Algerien-Streits geworden, so würde seiner Regierung aus agrarpolitischen Gründen ein Ende gesetzt worden sein, denn in den Reihen der Landwirtschaft hatte die Agrarpolitik der Regierung schärfsten Protest ausgelöst und zur Bildung einer Kampffront geführt, die sich die Unterstützung zahlreicher Parlamentarier in den Mittel- und Rechtsparteien gesichert hatte und aus taktischen Gründen auch kommunistische Förderung genoss.

Die durch den Sturz der Regierung Bourges Maunoury herbeigeführte Situation schien zur Auslösung der Staatskrise zu führen. Während von kommunistischer Seite unter Hinweis auf die veränderte weltpolitische Situation die Idee der Bildung einer "Regierung der Volksfront" mit oder ohne kommunistische Beteiligung in die Debatte geworfen wurde, - die bei den Sozialisten entschlossene Ablehnung fand - versuchten die Poujadisten und andere Reaktionen erstmals unter Hinweis auf den Staatsnotstand Eingang in die Regierungssphäre zu finden. Durch Aufrufe an General de Gaulle und Marschall Juin versuchten sie eine Volksbewegung zugunsten einer ausserparlamentarischen Lösung zu entfachen, der jeder Erfolg versagt blieb, aber die Parteien der rechten und linken Mitte zu neuer Zusammenarbeit in der von dem 38jährigen Radikalsozialisten Felix Gaillard geleiteten Regierung veranlasste.

Am Rande der Inflation

Das Land musste für die neue Krise einen hohen Preis zahlen. Seine Devisenlage verschlechterte sich in starkem Masse. Neue Preissteigerungen für wichtigste Lebens- und Massenbedarfsartikel und stärkste soziale Spannungen waren die Folge. Aus innen- und aussenpolitischen Gründen sah sich das neue Kabinett zu harten Finanz- und Wirtschaftsmassnahmen gezwungen, die - unter dem Vorwand der unerlässlichen Sanierung des Wirtschaftslebens und des französischen Aussenhandels - durch Austerität im Innern und Auslandskredite - einschneidende Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialleben des Landes bewirken werden, die nur dann ihre Rechtfertigung finden können, wenn das erstrebte Ziel tatsächlich erreicht wird. Die arbeitende Bevölkerung sieht dem neuen Jahre mit Misstrauen und Befürchtungen entgegen, denn nur sehr gering sind die Aussichten auf Sicherung und Besserung ihrer allgemeinen Situation.

Bittere Erkenntnis

Die fortgesetzten Krisen und innerpolitischen Auseinandersetzungen drängten im ablaufenden Jahr die aussenpolitischen Probleme Frankreichs in den Hintergrund. Im Lande herrschte der Eindruck vor, von den internationalen Entwicklungen weit mehr getrieben zu werden, als diese Entwicklungen selbst zu beeinflussen. Der Gedanke, nicht mehr Grossmacht zu sein, ist vielen Franzosen bittere Erkenntnis geworden. Auf der NATO-Gipfel-Konferenz in Paris versuchte Frankreich seinen internationalen Standpunkt erneut zur Geltung zu bringen, überzeugt davon, damit dem eigenen Interesse, Europa und dem Frieden zu dienen. Das Erscheinen von Satelliten förderte den Wunsch zur Verständigung mit der Sowjetunion.

Eine Verschwörung in den USA und ihre Folgen

EKO. Während Dwight D. Eisenhower in Paris seine ihm zugewiesene Rolle im Spektakel der längst vor dem Beginn der NATO-Konferenz beschlossenen Einrichtung von Raketenabschussbasen auf dem Boden Westeuropas und der vorgelagerten britischen Inseln spielte und sich nochmals zu dem längst überholten Begriff der "Politik der Stärke" bekannte, wurde in den USA jetzt das ganze Ausmass des nationalen Raketen-Desasters bekannt. Dr. C.C. Furnas, Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, enthüllte es.

Diese Enthüllungen treffen zeitlich ziemlich genau mit dem Schluss-Kommuniqué der natürlich von der NATO-Konferenz hochbefriedigten Regierungschefs zusammen. Sie zeigen die Verwirrung der Amerikaner und den Umfang "des erniedrigendsten Fehlschlages der amerikanischen Geschichte" (nach den Worten des US-Senators Lyndon B. Johnson). Diesen Ausspruch ergänzte der Senator Russel treffend: "Es handelt sich bei alledem um den Tiefschlag gegen unser ohnedies schwindendes Weltprestige!" Die Enthüllungen zeigen die Zwecklosigkeit der Errichtung westeuropäischer und insbesondere westdeutscher Raketenabschussbasen, die - nebenbei bemerkt - in der Bundesrepublik de facto zum Teil bereits bestehen. Wer es nicht glauben will, mag mit seinem Wagen die Höhen hinter Koblenz befahren und in den Ausläufern des Hunsrücks die "Matador-Raketen" bewundern, die jederzeit gen Osten einsatzbereit sind. Gewiss ist die "Matador" noch keine interkontinentale oder auch nur eine Mittelstreckenrakete, aber sie ist eben ein Fernwaffen-Projektil, das sich nach Belieben mit atomaren Sprengsätzen ausstaffieren lässt.

Dr. C.C. Furnas - er ist einer der wissenschaftlichen Mitarbeiter von "Life" - weist in seiner Rückschau auf die politischen Fehlentscheidungen der Regierung Eisenhower hin, die erst die technischen Fehlleistungen zur Tatsache werden liessen. Dr. Furnas belegt - mit zahlreichen anderen Wissenschaftlern - seine Behauptungen und führt die blamable, bisher der Öffentlichkeit unbekannt gebliebene "Operation Orbiter" an, was so viel wie "Unternehmen Himmelskörper" bedeutet. Sie war ein "top secret", sozusagen eine US-Gekado-Sache ganz besonderer tolldreister Art. Sie war sogar mehr als das: eine recht simple, unglaubliche Verschwörung in "Gottes eigenem Land," eine Verschwörung der Marine und der Armee gegen die Bomber-Jungs, die Luftwaffe. Werner von Braun war in sie eingeweiht und hatte an ihr tätigen Anteil.

Die "Goldknöpfe" der Armee und Marine, ein Spitzname für die General- und Admiral-Bürokraten des Pentagon, wollten schon 1953 einen eigenen Satelliten entwickeln und so schnell, wie es anging, in die Kreisbahn der Erde befördern lassen. Wernher von Braun hatte damals aus der V 2 die "Redstone" zusammengebastelt und wurde deshalb zur "Orbiter"-Partie hinzugezogen. Die Luftwaffe sollte auf diese Weise ihre militante Schlüsselstellung durch den Besitz des Strategischen Bomberkommandos verlieren. Das Projekt wuchs und gedieh - in aller Heimlichkeit. Aber plötzlich hatte Eisenhower den Einfall, für das damals noch in einiger Ferne liegende Geophysikalische Jahr 1957/58 mit einem besonderen Satelliten die Welt überraschen zu wollen. Er liess die drei Teile der Streitkräfte mit der Durchführung seiner Planung betrauen und war nicht gering erstaunt, als ihm jetzt, wohl oder übel, die "Operation Orbiter" enthüllt wurde. Die "Orbiter"-Verschwörer mussten ihre Konstruktionsentwürfe einpacken und von neuem anfangen. Die Luftwaffe übernahm die Führung und verpflichtete sich - reichlich voreilig, eine dem Satelliten auf Mass gearbeitete Rakete anzupassen. Die gut entwickelte "Redstone" wurde in Acht und Bann getan. Zum Schluss kam der Knall auf Cap Canaveral am 6. Dezember 1957. Die Navy-Vanguard-Produktion verrichtete einen Flug von genau einem Meter Länge, ehe sie sich auflöste.

Es liesse sich über diese leider wahre story noch vieles mehr sagen, aber wir wollen uns heute auf die Feststellungen zum europäischen Raketenthema beschränken. Sie sind folgender Art: Ein Blick auf die Landkarte genügt, um jedermann zu beweisen, dass selbst von einer bis zur Elbe vorgeschobenen Raketenabschussbasis bestenfalls einige hundert Kilometer weit in die gewöhnlich vereiste Tundra mit Mittelstreckenraketen geschossen werden kann. Dabei würde nicht eine der sowjetischen "Atomgrad"-Städte oder eines der Produktionszentren der interkontinentalen Raketen auch nur bedroht.

Um diesen Preis soll Westeuropa die Entgegennahme erster atomarer Vergeltungsschläge zur Minute X zahlen. Die Völker Europas sind im allgemeinen anderer Ansicht. Sie haben kein Verlangen, den Opfern von Hiroshima und Nagasaki zu folgen, aber wohl das Verlangen, dass endlich gemäss den realen politischen Gegebenheiten verhandelt wird, auch wenn es John Foster Dulles nicht passt.

Um 14 Uhr ist Feierabend

K.J. Gleich im neuen Jahr werden sich viele, sehr viele Bundesbürger ärgern: die Geschäfte schliessen sonnabends um 14 Uhr. Nur einmal im Monat, jeweils am ersten Sonnabend, werden sie länger offenhalten, und dann dafür bis 18 Uhr. Das vielbeschimpfte Ladenschlussgesetz kommt in seine neue Phase, die Zahl seiner Kritiker wird sich verdoppeln. "Wann sollen wir dann bloss einkaufen?"

Aber die Zornigen sind im Unrecht. Auch die Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel, das Millionecheer der Verkäuferinnen, Verkäufer und Selbständigen haben Anspruch auf ein freies Wochenende. Im Grunde ist es ja auch nur ein halb-freies, das dem Einzelhandel jetzt beschert wird, während für viele Arbeitnehmer der Bundesrepublik die Fünftage-woche längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wer möchte mit gutem Gewissen dem Stiefkind Einzelhandel zumuten, der Entwicklung zu einem besseren Arbeitsleben ewig nachzuhinken?

Keiner soll sagen, mit dem frühen Sonnabendschluss ginge es nicht!

In 65 Städten der Bundesrepublik liegt der Sonnabendschluss schon zwischen 14 und 16 Uhr und die Kundschaft hat sich daran gewöhnt. In 144 Städten schliessen die Geschäfte wochentags nicht um 18.30 Uhr, sondern bereits eine halbe Stunde früher. Natürlich konnte niemandem das bisherige Hin und Her im Ladenschlussgesetz gefallen, am unsinnigsten war zweifellos dabei noch die albarne Montagsregelung. Viele sagen, die Geschäfte sollten doch abwechselnd an den verschiedenen Wochentagen schliessen. Aber haben sich die - sicher gutmeinenden - Ratgeber überlegt, dass die Leute im Einzelhandel auch Familienangehörige besitzen, die ein freies Wochenende haben, und mit denen sie dann zusammen sein wollen?

In Deutschland vor dem ersten Weltkrieg war es lange selbstverständlich, dass die Läden auch am Sonntag offenhielten. Im Chor erklärte die Mehrzahl der Geschäftsinhaber, sie würden hoffnungslos pleitemachen, wenn der Staat die Sonntagsruhe anordnet. Nun, sie haben nicht Recht behalten. An das neue Ladenschlussgesetz mit seinem halbfreien Wochenende wird man sich ebenfalls gewöhnen. Und im übrigen: es wird dazu beitragen, die Einführung der Fünftagewoche auf allen anderen Gebieten unseres Arbeitsalltags zu forcieren.

Der Justizminister und das Strafgesetzbuch

ap - Man wird sich noch erinnern, dass im Schörner-Prozess in München mehrere antierende hohe Richter wegen Verdachts der Mittäterschaft an der widerrechtlichen Erschiessung von Soldaten unbeeidet gelieben sind.

In der 6. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Dezember 1957 fragte daher der Abgeordnete Helmut Schmidt-/Hamburg den neugewählten Bundesjustizminister Fritz Schäffer:

"Sind Sie nicht der Meinung, dass es ein disziplinarisch strafbares Vergehen ist, wenn der Beamte oder im Falle Roeder ehemalige Beamte, obwohl er von Verbrechen weiss, dieses Wissen verheimlicht und nicht zur Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden bringt?"

Der Justizminister antwortete:

"Ein strafbares Vergehen deswegen, weil einer eine strafbare Handlung nicht anzeigt, gibt es allgemein nicht".

Dem Bundesminister der Justiz wird empfohlen, dazu § 138 STGB nachzulesen: er lautet:

" § 138 (Nichtanzeige von Verbrechen)

(1) Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung eines Hochverrates (§§ 80, 81, Abs., § 83), eines Verfassungsverrates (§ 89), eines Landesverrates (§§ 100, 100 a, 100 d Abs. 1, § 100 f), eines Mordes, eines Totschlags, eines Münzverbrechens, eines Raubes, einer räuberischen Erpressung, eines Menschenraubes, einer Verschleppung, einer erpresserischen Kindesentführung, eines Mädchenhandels oder eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

(3) Wer die Anzeige leichtfertig unterlässt, obwohl er von dem verbrecherischen Vorhaben glaubhaft erfahren hat, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bestraft".

Max Hachenburg, der berühmte Handelsrechtler, hat einmal gesagt: "Positive Kenntnisse erleichtern das Antworten ungemein". Wir haben dem nichts weiter hinzuzufügen.

Verantwortlich: Günter Markscheffel